

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), der Vergabeverordnung (VgV) sowie nach dem Hessischen Vergabe- und Tarifreuegesetz (HVTG) und dem Hessischen Vergabeerlass.

1 eVergabe

1.1 Technische Voraussetzungen

Als technische Voraussetzung für die Teilnahme ist lediglich ein Computer mit Internetzugang erforderlich. Der Computer muss nicht an das eigene Firmen-Netzwerk angeschlossen sein (bei Sicherheitsbedenken). Es ist keine digitale Signatur für die elektronische Angebotsabgabe erforderlich.

1.2 Registrierung und Installation

Für die Teilnahme an der Ausschreibung müssen sich Bewerber/Bieter zunächst einmalig und kostenlos auf der Vergabeplattform der DTVP registrieren (link zur Vergabeplattform: <https://www.dtv.de/>). Verwenden Sie bei der Registrierung bitte möglichst keine personenbezogenen e-mail-Adressen, damit Sie jederzeit und auch bei Abwesenheit von Mitarbeitern auf neue Nachrichten der Vergabestelle reagieren können. Nach Auswahl der Vergabebekanntmachung können über die Schaltfläche „jetzt teilnehmen“ die Bekanntmachung und alle Vergabe- und Vertragsunterlagen eingesehen werden (eine Video-Anleitung für DTVP finden Sie hier <https://youtu.be/UCquPwXjMyE?si=TTWEI9vy2se0dHxV>).

1.3 Kommunikation

Sämtliche Kommunikation darf ausschließlich über die o. g. Vergabeplattform DTVP erfolgen. Dort können alle Bewerber/Bieter über den Menüpunkt „Kommunikation“ Nachrichten der Vergabestelle empfangen und eigene Nachrichten sowie Dateianhänge versenden. Nur durch die Verwendung dieser verschlüsselten Kommunikationsplattform werden die Anforderungen der §§ 10 und 11 VgV erfüllt.

1.4 Abgabe der Angebote bzw. Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge bzw. Angebote dürfen ausschließlich über die entsprechende Funktion auf der Vergabeplattform DTVP eingereicht oder zurückgezogen werden. Die Abgabe erfolgt hierbei elektronisch in Textform gem. §§ 9 ff. der VgV, es sind keine Unterschriften oder digitale Signaturen erforderlich, selbst wenn eine Unterschrift auf einigen Vordrucken noch vorgesehen ist. Teilnahmeanträge/Angebote, die auf anderem Weg eingereicht werden (z. B. per Post, e-mail, Fax oder als Nachricht über DTVP), müssen zwingend ausgeschlossen werden, da diese nicht die Anforderungen gem. §§ 9 ff. der VgV erfüllen. Auch nachträglich auf korrektem Weg eingereichte Teilnahmeanträge/Angebote müssen in solchen Fällen zwingend ausgeschlossen werden (siehe OLG Karlsruhe, Beschluss vom 17.03.2017, 15 Verg 2/17). Die Teilnahmeanträge/Angebote können erst nach Ablauf der Abgabefrist durch die Vergabestelle entschlüsselt und geöffnet werden.

Um Ihre Chancen zu erhöhen, können Sie verschiedene Leistungen/Produkte als separate Hauptangebote anbieten, die jedoch alle im Leistungsverzeichnis genannten Mindestanforderungen erfüllen müssen (daher handelt es sich hier nicht um Nebenangebote, sondern um verschiedene Hauptangebote). Hierzu können Sie nach Absendung des ersten Angebots weitere Angebote erstellen und abgeben. Jedes Hauptangebot wird wie ein separates Angebot behandelt. Sollten Sie jedoch nach Ihrem ersten Angebot ein zweites abgeben haben (z. B. um einen Fehler zu korrigieren), welches das erste Angebot ersetzen soll, müssen Sie unbedingt das Angebot, welches ersetzt werden soll, zurückziehen. Ansonsten müssen beide Angebote ausgeschlossen werden, da nicht eindeutig erkennbar ist, welches Angebot gelten soll. Teilnahmeanträge und Angebote können über die entsprechende Funktion in DTVP jederzeit bis zum Fristende wieder zurückgezogen werden.

2 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich, spätestens sechs Tage vor Ablauf der Angebotsfrist die Vergabestelle über die Nachrichten-Funktion in DTVP darauf hinzuweisen. Die Vergabestelle behält sich vor, nicht rechtzeitig eingegangene Nachrichten dennoch zu beantworten.

3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

4 Angebot

4.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

4.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Formulare zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

4.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

4.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

4.5 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

4.6 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden

und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt

5 Nebenangebote

5.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

5.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

5.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

6 Bietergemeinschaften

- 6.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- 6.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

7 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

8 Eignung

Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** den ausgefüllten „Fragebogen zur Eignungsprüfung“ (Excel-Datei)
- **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE – XML-Datei) vorzulegen, je nachdem, welche Datei den Vergabeunterlagen beigelegt ist.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 6 sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen/die EEE auch für diese abzugeben.

Stattdessen kann der Nachweis auch durch Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis (z.B. dem durch die Industrie- und Handelskammer eingerichteten PQ-Verzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards geführt werden.

Im Falle der EEE ist den Vergabeunterlagen eine vorbereitete XML-Datei beigelegt. Nach dem Öffnen der Datei „espd-request.zip“ können Sie diese Datei „ESPD_request_de.xml“ in einem lokalen Verzeichnis speichern. Als nächstes müssen Sie in Ihrem Internet-Browser die EEE-Plattform über folgenden link aufrufen:

<https://uea.publicprocurement.be/>

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der im „Fragebogen zur Eignungsprüfung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Stattdessen kann der Nachweis auch durch Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis (z.B. dem durch die Industrie- und Handelskammer eingerichteten PQ-Verzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards geführt werden.

Bitte beachten Sie, dass eventuell geforderte personenbezogene Daten (z. B. Ansprechpartner für die Überprüfung von Referenzen) nicht unter Verweis auf den Datenschutz (insbesondere der DSGVO) von Bewerbern/Bietern abgelehnt werden dürfen. Die Forderung dieser Daten ist in diesen Fällen nach wie vor zulässig, sofern sie erforderlich ist. Vielmehr obliegt es den Bewerbern/Bietern, sich um die Einwilligung der betroffenen Personen zu kümmern, um Verstöße gegen die DSGVO zu vermeiden. Unvollständige Angaben in den Vergabeunterlagen können zum Ausschluss des Teilnahmeantrags/Angebots führen. Bei Eignungsleihe ist ein Nachweis, dass dem Bieter die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, einzureichen.

9 Datenschutzbestimmungen

Die folgenden Datenschutzbestimmungen gelten nur für den Fall, dass in einem Vergabeverfahren von der Vergabestelle personenbezogene Daten zur Eignungsprüfung oder für die Wertung der Angebote verlangt werden (z. B. Ausbildungsnachweise, Qualifikationsnachweise oder Lebensläufe von Mitarbeitern, die bei einem Dienstleistungsauftrag die Leistungen erbringen sollen). In solchen Fällen hat der Bewerber/Bieter allen betroffenen Mitarbeitern, deren Daten verarbeitet werden sollen, diese Datenschutzbestimmungen zur Kenntnis zu geben und die notwendige Einwilligung zur Verarbeitung der Daten einzuholen.

Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren UMR- werden bei Ihnen personenbezogene Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu die nachstehenden Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Bezeichnung: Philipps Universität Marburg
Straße: Biegenstraße 10
Postleitzahl: 35037
Ort: Marburg
Telefon: +49 6421 28-20
E-Mail-Adresse: info@uni-marburg.de
Internet-Adresse: www.uni-marburg.de

2. Angaben zum Vertreter des Verantwortlichen

entfällt

3. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:
Bezeichnung: Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Philipps-Universität Marburg
Straße: Biegenstraße 10
Postleitzahl: 35037
Ort: Marburg
Telefon: +49 6421 28-20
E-Mail Adresse: Datenschutz@uni-marburg.de

4. Angaben zu der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist
der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Hessen
Straße: Gustav-Stresemann-Ring 1
Postleitzahl: 65021
Ort: Wiesbaden
Telefon: +49 611 1408-0
Telefax: +49 611 1408-900
E-Mail-Adresse: poststelle@datenschutz.hessen.de
Internet-Adresse: www.datenschutz.hessen.de

5. Zweck/e und Rechtsgrundlage/n der Verarbeitung

- a) Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, um im o. g. Vergabeverfahren die Eignung des Bieters festzustellen oder das wirtschaftlichste Angebot zu ermitteln (siehe Eignungsanforderungen bzw. Wertungsmatrix).
- b) Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ihrer Daten ist Artikel 6, Absatz 1 lit. e) DSGVO (Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse: Vergabeverfahren)

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 5. bereits dargestellt ist)

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an: (einfügen), um (einfügen)

7. Absicht Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation

entfällt

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Ihre Daten werden nach der Erhebung für den folgenden Zeitraum gespeichert und nach dessen Ablauf gelöscht:

Nach drei Jahren ab Zuschlag (Mindestfrist gem. § 8 Abs. 4 VgV):

Nach Ablauf der Vertragslaufzeit gem. § 8 Abs. 4 VgV (falls diese drei Jahre übersteigt):

9. Rechte der Betroffenen

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO) oder Löschung (Art. 17 DSGVO) oder auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)

10. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie haben in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Philipps Universität Marburg durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird dadurch nicht berührt.

11. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, bei dem Landesbeauftragtem für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 4.

12. Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Sie sind zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten nicht verpflichtet. Es obliegt dem Bieter im Vergabeverfahren, nur diejenigen Arbeitskräfte einzusetzen, die ihre Einwilligung zur Bereitstellung ihrer Daten erteilt haben.